

A3.1	Antrags.-Nr.:		
	Titel des Antrags:		
	Ergänzungsantrag: Für sexy Bildung in NRW		
	Antragssteller:		
	BG Bielefeld		
	Angenommen	Abgelehnt	Vertagt

Antrag:

5 Die BG Bielefeld beantragt, die Streichung der Präambel (Z.5-52), statt der Präambel soll folgender Text (beinhaltet: neue Präambel + Analyse der Bildungskrise) eingefügt werden.

10 Präambel

»Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer ›das laut zu sagen, was ist.«

Rosa Luxemburg

15 Nordrhein-Westfalen bleibt sitzen. Während Banker den Crash an den Finanzmärkten verursachten und die Schäden ihrer Zockerei mit Milliarden vom Staat übernommen wurden, steht es um die Bildung schlechter denn je. Was in den Bilanzen der West LB und anderer verschwand, hätte die Zustände beenden können, die SchülerInnen, StudentInnen, LehrerInnen und Eltern schon lange 20anprangern. Es ist grotesk, dass Schulklassen 30 SchülerInnen und mehr umfassen, weil angeblich kein Geld da ist, gleichzeitig aber Milliarden bereitgestellt werden, wenn die Bankerlobby auf der Matte steht. Trotz und grade aufgrund dieser widrigen Umstände macht sich auch Resignation breit. Trotz tausender Bildungsstreikdemonstranten in NRW denken viele noch immer, dass es keine Alternative zum Bestehenden gibt. Sie versuchen sich auf eigene Faust durchzuschlagen und sich ir- 25gendwie den Umständen anzupassen. „Was interessiert mich Politik, es ändert sich ja eh nichts. Die da oben machen eh das, was sie wollen!“ Das sind die üblichen Parolen, die jeder von uns kennt, aber hinter diesen Parolen steckt mehr Wahrheit, als man auf dem ersten Blick erkennen mag. Muss man sich nicht ernsthaft die Frage stellen, für wen „die da oben“ Politik machen? Sagen „die PolitikerInnen“ nicht vor jeder Wahl, immer, dass sie was für die Bildung tun wollen? Kleinere Klassen, 30mehr Lehrer, bessere Ausstattung etc.

Haben wir, dass nicht alle schon x-mal gehört? Was kommt dabei raus?

Im besten Falle NICHTS. Im schlimmsten Fall: Turbo Abi, Studiengebühren, Hochschulsenat etc. Ja, warum kommen die PolitikerInnen denn nun nicht unseren Forderungen nach?! Sind die zu dumm oder zu bescheuert?! Die Antwort ist: NEIN. PolitikerInnen sind weder dumm noch bescheu- 35ert (zumindest die meisten nicht). PolitikerInnen und Politik sind von Interessen geleitet. PolitikerInnen und Parteien vertreten handfeste Interessen und das ist auch nicht schlimm, sondern grundsätzlich auch gut. **Entscheidend ist, welche Interessen herrschend sind und ob diese Interessen auch UNSERE Interessen als Schüler, Studierende und Auszubildende sind.**

Analyse

45

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken [...]“

Karl Marx und Friedrich Engels

50 Die momentan herrschenden Interessen haben seit den 70er Jahren die Meinungsherrschaft in Politik, Medien, Kultur und allgemein in der Gesellschaft. In dieser Zeit geriet der Nachkriegs-Kapitalismus in die Krise und die Profite begannen zu sinken. Die Unternehmen entwickelten darauf hin eine Gegenstrategie, um die Gewinne wieder in die Höhe zu treiben. Diese Gegenstrategie lief darauf hinaus, die Einflüsse von Staat und Gewerkschaften auf den Markt und die Wirtschaft, zurück-
55 zudrängen. **Das Kapital** sollte wieder die Leitung der Gesellschaft ungezügelt und frei übernehmen.

a) Lohnsenkungen/ Verbilligung der Arbeitskraft

Als Erstes wurde massiver Druck auf die Löhne ausgeübt, „zu hohe“ Löhne, wurden als Hemmnis
60 für die Wirtschaft angesehen, angeblich seien sie der Grund dafür, dass keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Denn je mehr Gewinne ein Unternehmen mache desto mehr Arbeitsplätze würden geschaffen. Diese Argumentation ist und war eine rein betriebswirtschaftliche und eine völlig absurde obendrein. Die mag für die Unternehmen als Einzelne richtig und rational erscheinen, aber abstrahiert von der Ebene des Einzelnen und bezogen auf die allgemeine gesellschaftliche Ebene, war und
65 ist dass die falsche und irrationale Variante. Löhne bilden den größten Nachfragesektor, und wenn sie sinken, berauben sich die Unternehmen dadurch ihre eigenen Absatzmärkte und machen Verluste und vernichten Arbeitsplätze, statt welche zu schaffen. Aber nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wurde irrelevant, es zählten die kurzfristigen Erfolge! Und sinkende Löhne, waren die beste Möglichkeit dies zureichen. Die Folge der massiven Lohnsenkung der 70er Jahre war jedoch nicht die
70 Überwindung der Krisen, sondern eine Verschärfung der Krisen.

b) Verbilligung des Staates

Ein weiterer Angriffspunkt für die neue Offensive des Kapitals war der Staat. Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft raushalten, er sollte nicht mehr als nötig Regelungen aufstellen und vor allem
75 sollte er nicht versuchen die Wirtschaft zu lenken und zu beeinflussen. Damit der Staat dies nicht mehr konnte, musste man seine Finanzmittel einschränken. Massive Steuersenkungen waren die Folge, die die Finanzmittel der öffentlichen Einrichtungen ausbluten und die Geldsäcke der Wohlhabenden wachsen ließen. Die Folge war, dass der Staat, das Land und die Kommunen in eine massive Geldnot gerieten und ihre Leistungen kürzen mussten. Dies drückte sich darin aus, dass
80 Jugendfreizeitzentren, Altersheime, Schulen und Kitas geschlossen oder nur noch mit eingeschränkter Leistung betrieben wurden. Der Staat wurde also verbilligt bzw. „verschlangt“.

c) Privatisierung

Die massiven Lohnsenkungen und die Zurückdrängung des Staates aus der Wirtschaft führten, an-
85 ders als angenommen, nicht zur Milderung der Krise, sondern langfristig zu deren Verschärfung. Mit den gesunkenen Löhnen und den zurückgedrängten Staatsinvestitionen fehlte es an Absatzmärkten im Innland. Die Unternehmen konnten ihre Produkte nicht absetzen, sodass sie neue Zweige der Verwertung suchten. Ein gefundenes Fressen waren daher die öffentlichen Unternehmen, der Post, der Telekommunikation und der Bahn. Durch Privatisierung dieser Zweige wurden neue Ab-
90 satzmärkte geschaffen, mit weiteren Lohnsenkungen auch im ehem. staatlichen Bereich konnten die Unternehmen ihre Gewinne erneut steigern, Aufkosten der Leistungen, der Preise und massiven Abbau von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten.

d) Spekulation auf den Finanzmärkten

95 Diese Gewinne wurden jedoch nicht in die Realwirtschaft investiert (es gab ja faktisch keine Binnennachfrage mehr) sondern auf den Finanzmärkten angelegt. Denn neben der Liberalisierung der nationalen Wirtschaften setzte auch eine „Liberalisierung“ der Finanzmärkte ein, Liberalisierung heißt nichts weiter, als den Abbau von Regelungen und Kontrollen der Staaten und somit die freie Verfügung des Profits über das Gemeinwohl. Die Finanzmärkte versprachen Renditen von 25%,
100 während die nationalen Wirtschaften grade mal ein jährliches Wachstum von 3% versprachen. Da Profit und dessen Vermehrung die einzige Leitmaxime des Kapitalismus ist, setzte nach und nach eine Verschiebung der Investitionen von der Realwirtschaft in die Finanzmärkte ein. Das Problem war jedoch, das die Finanzmärkte aus Geld, ohne zusätzliche Arbeit, Mehrgeld machten, dies lud zu Spekulationen ein, indem immer mehr Finanzen auf die virtuellen Märkte gepumpt wurden. Dies
105 ging jedoch nur solange gut, wie die Mehrerträge aus Zinsen auch durch reale Arbeit in den Ökonomien auch erwirtschaftet wurde. In dem Moment, indem dies nicht mehr geleistet werden konnte, zerplatzte die Blase und das ganze System brach auseinander.

Im Grunde ist damit auch die neoliberale Strategie, die darauf beruht, die Löhne zugunsten der Gewinne zu senken, die darauf beruht, den Staat zu verbilligen und zurückzudrängen, die darauf beruht
110 öffentliches Eigentum zu enteignen und insbesondere darauf beruht, dass die immensen Gewinne auf den Finanzmärkten verscherbelt werden, gescheitert.

Aber was hat das alles mit Bildung zutun?

115 **Bezug zur Bildung**

*"Bildung ist nicht das Befüllen von Fässern, sondern das Entzünden von
Flammen."*

Heraklit

120 Unter diesem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und Strategien lässt sich auch das gegenwärtige Bildungssystem einordnen.

a) Verkürzung der Schul- und Studienzeiten

125 Die Verkürzung der Schulzeit durch das Turbo Abitur und die allgemeine Verkürzung der Studienzeiten, sind keine Schnapsideen von PolitikernInnen, sondern dienen dem Interesse der Wirtschaft die Arbeitskraft zu verbilligen. Denn je früher die SchülerInnen und Studierenden auf den Arbeitsmarkt kommen, desto länger können sie arbeiten und desto höher steigt die Ertragsrate der Arbeit für die Unternehmen. Die Strategie durch Lohnsenkungen und Produktivitäts-
130 erhöhungen, die Arbeitskraft zu verbilligen, beginnt demnach schon im Schulsystem.

b) Abqualifizierung

Ein ähnliches Ziel wird mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verfolgt. Der Bachelor Abschluss ist nichts weiter als die Abqualifizierung des Hochschulabschlusses, nur die
135 wenigsten StudentInnen werden für die wenigen Plätze der Masterstudiengänge überhaupt zugelassen. Es folgt dem Falschhalsprinzip, für die Masse den Bachelor und für die Elite den Master. Diejenigen, die den Bachelor haben, stellen somit die gering Qualifizierten dar und stehen dem Arbeitsmarkt bzw. den Unternehmen günstig zur Verfügung. Auch hier wieder die Strategie die Arbeitskraft zu verbilligen.

140 **c) Disziplinierung der Arbeitskräfte**
Außerdem lässt sich zunehmend der Einfluss der Wirtschaft und Lobbyisten auf die Bildungseinrichtungen feststellen. Einerseits wollen sie die Forschung und Bildung ihren Interessen unterwerfen, dies geschieht z.B. durch den Hochschulrat, in dem Vertreter der Unternehmen sitzen und durch
145 die Ausweitung von Privatschulen und Unis. Andererseits gibt es aber auch weniger subtile Methoden wie Kopfnoten. Die Kopfnoten sollen die ideale Arbeitskraft im Sinne des Kapitals formen, dabei ist ideale Arbeitskraft schon lange nicht mehr bloße Gefügigkeit, sondern auch selbstständiges An-

eignen von Wissen. Die Unternehmen wollen nämlich, dass sich die Arbeitskräfte selbst verwerten ohne aufwendige Instruktionsapparate, daher werden auch bei Kopfnoten sog. „Soziale“ Aspekte bewertet. Generell will man durch das Turbo Abitur, zentrale Abschlussprüfungen, Modularisierungen etc. die zukünftigen Arbeitskräfte stressresistent und belastbar machen, jedoch nicht, weil man es irgendwie mit ihnen gut meinen könnte, sondern damit man die Arbeitsintensität noch weiter erhöhen kann und dadurch noch mehr Gewinne erzielen kann.

155d) Sparen auf Kosten der Bildung

Diejenigen, die den Anforderungen der Wirtschaft nicht gewachsen sind, die sog. „Nutzlosen“, sollen möglichst den Unternehmen nicht auf „der Tasche liegen“. Für die einfachen arbeiten brauche man schließlich nicht mehr als eine mehr oder weniger gute Grundschulbildung, weiterführende Schulen sind für solche Leute im Grunde Verschwendung. Daher werden kurze Schulzeiten etabliert und Haupt- oder Sonderschulen völlig verwahrlost und in Stich gelassen. Diese Menschen sollen sich nicht mehr als nötig bilden, sondern schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen oder mit möglichst wenigen Staatsgeldern, in der Arbeitslosigkeit vor sich hinvegetieren. Dies und die chronische Unterfinanzierung unseres Bildungssystems ist nichts weiter als eine andere Form, der Verbilligung des Staates und Kürzungen von Staatsausgaben. Frei nach der neoliberalen Betriebslogik, wo der Aufwand für den Erfolg zu groß ist, investiert man eben nicht. Und außerdem ist ein schlanker Staat eh viel besser. Bildung wird am Profit gemessen und über den Bildungsmarkt verkauft, das ist die neoliberale Logik übertragen auf die Bildung.

Wer profitiert davon?

170

„Cui bono?“ - Wem zum Vorteil

Marcus Tullius Cicero

Die zentrale Frage ist, wer von diesem selektiven Bildungssystem profitiert.

175 Grundsätzlich kann man sagen, dass die Unternehmen von diesem Bildungssystem profitieren, weil keine großen Ausgaben dafür getätigt werden müssen (siehe Punkt d).

Außerdem erhöht dieses System die Nutzungsrate der Arbeitskraft durch Verkürzung der Schul/Studienzeiten und Bildung, die an die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet ist. Hinzu kommt, dass neben den großen Unternehmen auch kleinbürgerliche Eliten (Anwälte, Ärzte etc.) davon profitieren, da sie selber nicht von den selektiven Auswüchsen des Bildungssystems betroffen sind. Sie können mit ihrem Wissen und ihrer Bildung ihre eigenen Kinder in der Schule unterstützen und zur Not auch teure Nachhilfe in Anspruch nehmen. Teure Lernmaterialkosten sind für sie ebenso keine Hürden, wie Bildungsgebühren. Millionen von normalen abhängig Beschäftigten mit einem durchschnittlichen Lohn, können sich jedoch diese Bildung nicht leisten, sie bleiben auf der Strecke, und 185 grade davon profitiert das Kleinbürgertum. Durch dieses System fällt nämlich die Konkurrenz zu ihren eigenen Kindern weg. So kann Bildung von Generation zu Generation weiter vererbt werden und die Eliten können ihre Macht reproduzieren.

Grundsätzlich profitieren alle Herrschenden von diesem System, da es durch Anpassungsdruck und Leistungsdruck, die kritischen Potenziale der SchülerInnen klein hält und durch teilweise ideologisierte Bildung, einen Beitrag zur Stabilität des Systems liefert.

Widerspruch

„Jedes ausgesprochene Wort erregt den Gegensinn.“

195 **Johann Wolfgang von Goethe**

Einerseits haben die Herrschenden das Interesse, die oben genannten Privilegien zu erhalten, andererseits müssen die Konservativen und Liberalen (= Herrschenden) eine hochprofitable und hochproduktive Exportindustrie bedienen, die immer mehr gut qualifizierte Ingenieure, Betriebswirte und 200 teamfähige Arbeitskräfte braucht. Sie wollen mehr Studierende und mehr AbiturientInnen. Sie wol-

len keine Leute ohne Abschluss. Das ruft nach mehr höheren Schulabschlüssen, nach mehr Studierenden und nach einem Studium, das für alle erschwinglich ist. Das ruft nach Förderung, nach Abschaffung von Sitzenbleiben, nach Nachhilfeprojekten in der Schule. Ein weiterer Widerspruch ist die Forderung nach Teamfähigkeit und zugleich die Erziehung zur Anpassung. Einerseits wollen sie selbstständig denkende Mitarbeiter, die in der Lage sind, ihre Vorgesetzten von einer besseren Lösung im Sinne des Unternehmensprofits zu überzeugen. Aber sie fürchten zugleich, dass sie das Selbständigedenken nicht auf die produktive Mitarbeit im Unternehmen beschränken können. Sie fürchten, Selbständigkeit mache sich auch sonst breit. Sie fürchten die Kritik an den Privilegien der Vermögensbesitzer, die Kritik an der Ausplünderung des Staates durch die Konzerne, an der schreienden Ungleichheit der Lebenschancen, an der irrationalen, unvernünftigen Gestaltung dieser Gesellschaftsordnung.

Rezept: Widerspruch nutzen

215 „Erkenne die Gelegenheit.“
Pittakos von Mytilene

Diese Furcht und der Drang, einerseits neue Gewinne zu generieren und andererseits die Macht nicht zu gefährden, führen zu diesen Widersprüchen. Was nützen uns die Widersprüche? Sie zeigen, dass die Herrschenden unfähig sind, vernünftige Lösungen zu bieten. Sie sind nicht in der Lage, die Gesellschaft nach den Interessen der Mehrheit zu gestalten. Sie fordern daher auf, selbst zu denken. Sie weisen auf die Frage nach den Gründen ihrer Unfähigkeit. Sie weisen uns darauf hin, dass die Vorrechte der Besitzenden nicht rational begründbar sind. Die Widersprüche ihrer Politik weisen uns den Weg, unsere Interessen selbstbewusst zu vertreten. Sie rauben der sogenannten Elite ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit. Die Krise zeigt: Der Markt, der Wunderheiler der Liberalen, kann es nicht richten. Der Markt bedeutet das Recht des Stärkeren, das Überleben des Stärksten und der Besitzenden. Er bedeutet den Untergang des Bildungsbürgertums, der kleinen Unternehmen. Er bedeutet die Krise der gesamten Gesellschaft. In der Bildung bedeutet der Markt das Bildungsprivileg der Reichen. Auch ein „Zurück in die 50er Jahre“, die Parole der Konservativen, bedeutet nur Unsinn. In der Bildung bedeutet die Bewahrung des alten Gymnasiums die Rückkehr zu den alten Ungerechtigkeiten, bedeutet das Bildungsprivileg der Bildungsbürger, bedeutet auch einen Mangel an Fachkräften. Die mangelnde Chancengleichheit behindert den ökonomischen Fortschritt. In der Situation des Scheiterns von Konservativen und Liberalen entsteht ein Raum für andere, demokratische Konzepte:

- 235
- **Selektion beenden, Konkurrenzdruck stoppen!**
 - **Mehr Demokratie!**
 - **Kein Faschismus und Rassismus an Schulen**
 - **Keine Tabuthemen, Mehr Aufklärung**

240- **Besser Förderung von Migranten**

 - **unabhängige Bildung!**
 - **Für Solidarität statt Mobbing und Konkurrenz**
 - **Verwertungslogik durchbrechen**
 - **Studiengebühren abschaffen**

245- **Kritische Wissenschaft**

 - **Recht auf Ausbildung**
 - **Ausbildungssituation verbessern**

[Dann weiter mit den Forderungen aus Antrag: Für sexy Bildung ...]
250

Begründung:

Der Antrag: Für sexy Bildung in NRW, hat seinen Schwerpunkt auf den Forderungen des

Jugendverbandes. Der Analyseteil, in Form der Präambel, der scheinbar Wirtschaftskrise mit Bildungskrise verbinden soll, ist jedoch undifferenziert und kommt vor allem viel zu kurz. Aber grade dass, ist die größte Schwäche des Papiers.

Grade in der Bildungspolitik haben wir auf der Ebene der Forderungen, viel Gemeinsamkeiten mit den anderen Jugendorganisationen, das bedeutet, dass wir grade auf dieser Ebene uns nicht ausreichend abgrenzen können und als linke Alternative wahrgenommen werden können. Weiterhin ist die Forderungsebene, auch deshalb nicht so wichtig, weil wir kurz und mittelfristig nicht die Regierungs- und Gesellschaftsmacht haben, um diese Forderungen umzusetzen.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, den Analyseteil zu stärken. Denn dort werden die grundlegenden Differenzen zwischen einem sozialistischen und einem bürgerlichen Jugendverband deutlich. Fordern kann jeder alles, aber in der Art, wie man die Gesellschaft analysiert, trennt sich die Spreu vom Weizen. Wir sind die einzige politische Kraft die, die materialistische Analyse der Gesellschaft, als Erklärungsansatz für die Gesellschaft benutzt, deshalb kommen wir zu völlig unterschiedlichen Schlüssen, als die anderen Jugendverbände. Nämlich zu dem Schluss, dass das Bildungssystem nur grundlegend verändert werden kann, wenn sich auch das Wirtschaftssystem ändert. Dieser Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsform und Bildungssystem verleiht uns ein Alleinstellungsmerkmal, dass wir nicht so unterbewertet lassen sollten, wie es bisher im Antrag: Sexy Bildung für NRW ist.

Erst wenn die, durchaus gut ausgearbeiteten Forderungen aus dem betreffenden Antrag, durch eine ausführliche Analyse in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gesetzt werden, können sie sich voll entfalten und es wird deutlich, warum diese Forderungen so notwendig sind. Daher stellt dieser Antrag eine Ergänzung und Bereicherung für den Forderungskatalog dar. Da der Antrag eh schon 9 Seiten lang ist und nicht in dieser Form für die breite Öffentlichkeit gedacht ist, macht es keinen Unterschied ob das Papier nun 9 oder 14 Seiten hat, wer sich hinsetzt und 9 Seiten lesen will, wird auch nicht vor 14 zurückschrecken. Zumal eine Analyse, viel interessanter zulesen ist, als die üblichen Forderungen.